

Textilarbeiter-Zeitung

Organ des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter Deutschlands.

Schriftleitung: Düsseldorf 100, Tannenstr. 33. Fernruf 4423, Telegr.: Textilverband Düsseldorf.

Verlag Bernh. Otte, Düsseldorf 100, Tannenstraße 33. Druck und Versand Joh. van Aken, Crefeld, Luth. Kirchstraße Nr. 63-65. Fernruf: 4692.

Die „Textilarbeiter-Zeitung“ erscheint jeden Samstag. Verbandsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Bestellungen durch die Post für das Vierteljahr 5 Mark.

Die Werbearbeit

für den Verband darf nicht unterlassen werden. Hat doch die Vergangenheit den Beweis geliefert, daß eine entschlossene Arbeiterbewegung bitter notwendig ist. Wie sähe es wohl heute aus, wenn nicht die Gewerkschaftsbewegung mit Entschiedenheit und Ausdauer die Rechte und Interessen der Arbeiter gewahrt hätte? Den Lauen, Gleichgültigen und Irreführten muß von der Tätigkeit unseres Verbandes erzählt und dargelegt werden, daß die Feinde der soliden Gewerkschaftsbewegung auch heute noch am Werke sind. Jedes Mitglied muß fortwährend versuchen, dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen.

Auf, an die Arbeit!

Zur bevorstehenden Neuwahl der Betriebsräte.

Die Amtsdauer der Betriebsräte, Arbeiterräte und Betriebsobmänner beträgt nach dem Betriebsrätegesetz ein Jahr. Das Gesetz ist am 4. Februar 1920 in Kraft getreten und wurden somit nach den Ausführungsbestimmungen des WAG. spätestens sechs Wochen nach Inkrafttreten des Gesetzes die Wahlen erstmalig getätigt. Die eigentliche Wahl soll einen Zeitraum von drei Wochen haben. Demnach hätten bis zur ersten Woche im Monat April die Wahlen überall getätigt sein müssen. Besondere Umstände, die bekanntlich in diesem Zeitraum hervorgerufen wurden durch Märzunruhen, Wahl von revolutionären Betriebsräten, Weigerung rüchändiger Arbeitgeber usw., ließen damals das Gesetz nicht überall gleich zur Einführung kommen. Im allgemeinen kamen aber die Betriebsratwahlen im Februar und März zustande und steht demgemäß die Amtsdauer der Betriebsräte vor dem Ablauf. Die ausscheidenden gewählten Betriebsratsmitglieder haben jedoch nach § 23 des WAG. vier Wochen vor Ablauf ihrer Amtsdauer einen Wahlvorstand und einen der Gewählten zum Vorsitzenden zu wählen.

Der Wahl der neuen Betriebsvertretungen ist eine nicht geringe Bedeutung beizulegen. Die praktische Erfahrung in der Anwendung des Gesetzes im verflochtenen Jahr redet eine deutliche Sprache. Aufgaben die unser als christliche Gewerkschaftler ganz besonders harren, sind in erneuter Form in die Erscheinung getreten. Ansätze zur Bildung der Bezirksräte und des Reichsrats machen sich bemerkbar, und dieses allein müßte für uns schon die Richtschnur für unser Verhalten bei den kommenden Wahlen sein. Jedoch dürfen wir auch nicht die Tätigkeit der radikalen Betriebsräte vergessen, die ein Fiasko sondergleichen bei der praktischen Vertretung der Arbeiterschaft im Betriebsrat erlitten haben. Die Berranntheit und die Ueberspannung mit der sie gearbeitet haben, zeigt deutlich, wohin der Weg führt. Ganz offen geben es sozialdemokratische Gewerkschaftsblätter zu, daß die radikalen Betriebsräte bei der Ueberspannung, mit der sie an die Verwirklichung ihrer Pläne herangegangen sind, schließlich damit nur erreicht haben, daß in manchen Betrieben heute die Gelben wieder Oberwasser haben. Die Reaktion auf gewerkschaftlichem Gebiete stellen darum heute die sozialistischen, kommunistischen und syndikalistischen Räte dar, sie sind wieder bei den „Selben“ gelandet, dort, woher sie gekommen. Daß solche fanatisierte Räte die Vertretung einer Belegschaft nicht in die Hand nehmen können, bedarf wohl des Erwährens auch schon deshalb nicht, weil sie von der heutigen Arbeiterschaft nicht mehr ernst genommen werden, weil die Ausartung in Bestechlichkeit und Viedkindmachen den Unternehmern nur Wasser auf die Mühle ist. Gründlich diesen Geschöpfen das Handwerk zu legen wird unsere Aufgabe sein und zwar dadurch, daß wir nur zuverlässige Gewerkschaftler als Betriebsvertretung wählen.

Die Versuche von Seiten der Unternehmerschaft, schon jetzt da und dort wo nur eine kleine Preissteigerung sich bemerkbar macht, die Löhne abzuhauen, erhöhen die Wichtigkeit der Betriebsratwahlen. Es kann uns nicht gleichgültig sein, daß man auf Grund unserer Wirtschaft-

krise versucht, erkämpfte gewerkschaftliche Rechte und Verhältnisse illusorisch zu machen. Wir können auch nicht zugeben, daß allein auf Kosten der Arbeiterschaft die bestehende Wirtschaftskrise überwunden wird, was seinen Ausdruck darin findet, daß man schon bei der geringsten Gefährdung der Rentabilität des Betriebes dazu übergeht, die Arbeiterschaft zu entlassen. Für uns muß es deshalb heißen, nur solche wählen wir in den Betriebsrat, die die Fähigkeit dazu haben, denen wir Vertrauen schenken und die das nötige volkswirtschaftliche Verständnis haben, was eine unerlässliche Voraussetzung für unsere verworrenen Wirtschaftsverhältnisse der Zukunft ist. In jedem Betrieb, auch dem kleinsten, muß alles aufgeboten werden, um unsere Vertretung im Betriebsrat zu sichern.

Die Durchführung und Vorbereitung der Wahlen ist eine Aufgabe der Gewerkschaften. Die Räte können sich selbst nicht in den Betriebsrat wählen, wie der Parlamentarier sich ja auch nicht selbst ins Parlament wählen kann. Daß unser Verband den Willen und auch die Fähigkeit dazu gehabt hat, zeigt uns das Ergebnis der im vergangenen Jahre getätigten Wahlen. Vom Bericht erfasst wurden in 891 Betrieben 2717 Betriebsratsmitglieder unseres christlichen Textilarbeiterverbandes ohne Ergänzungsglieder. Wenn auch das Bild nicht vollständig wurde durch die nicht vollkommene Berichterstattung, so berechtigt es doch, den damaligen Zeitverhältnissen entsprechend, zu den schönsten Hoffnungen für die Zukunft.

Unsere Funktionäre, Vertrauensleute und Mitarbeiter werden zur Vorbereitung der Wahl gut tun, sich jetzt nochmals mit den Wahlvorschriften bekannt zu machen, damit sie genau innegehalten werden. Für die Vertretung im Wahlvorstand oder den genügenden Einfluß auf denselben ist Sorge zu tragen. Nicht immer ist der Standpunkt richtig, daß die Schreier im Wahlvorstand ihr Müßchen kühlen sollten, die Praxis hat gezeigt, daß eine Beeinflussung über die Festlegung des Wahlzeitpunktes, der Wahldauer sowie die Art der Wahl sehr wohl möglich ist. Fest steht, daß sozialistische Wahlvorstände es verstanden haben, den Zeitpunkt der Wahl für christliche Arbeiter ungünstig zu legen oder die Wahl zu erschweren. Es sei deshalb nochmals darauf hingewiesen, daß die Wahl an mehreren Tagen vorgenommen und die Abgabe der Stimmen an mehreren Stellen erfolgen kann.

Grundsätzlich sollen wir ferner nur eigene Listen aufstellen. Nur dort, wo eine Gefährdung unserer Bewegung nicht möglich ist, können wir gemeinsame Listen mit gegnerischen Verbänden aufstellen. Selbstverständlich müssen dort, wo christliche Bruderorganisationen vorhanden sind, gemeinsame Listen aufgestellt werden.

Bei den weiteren Wahlen zum Betriebsrat ist dann eine Verständigung mit den Angestellten- und Beamten-gewerkschaften unseres Deutschen Gewerkschaftsbundes unbedingt herbeizuführen. Wenn auch die Wahlen in der Regel für die Angestelltenvertreter und Arbeitervertreter getrennt stattfinden, so kann doch manches in der Vorbereitung der Wahl und beim Wahlkampf gemeinsam gehandhabt werden.

Zur Erreichung einer möglichst großen Zahl von Mandaten im Betriebsrat gehört ferner die Aufstellung geeigneter Kandidaten. Hat ein feither gewähltes Betriebsratsmitglied infolge seiner Tätigkeit, Fähigkeit und guten Willen bedundet und schon einige Erfahrungen, so soll er auch jetzt wieder an erster Stelle berücksichtigt werden. Wer nicht mit der Tätigkeit zufrieden war, der soll an die Kinderkrankheit der Räteidee denken, oder aber sich selbst das Vertrauen der Belegschaft erwerben und dann versuchen, es besser zu machen. Diejenigen, denen der Posten als Betriebsratsmitglied verleidet worden ist, dadurch daß sie für ihre Arbeit im Interesse der Gesamtheit Unbarmhertzigkeit statt Dank geerntet haben, sollen sich bewusst sein, daß Hinnehmen und Ertragen dieser Lausache die erste Voraussetzung zum idealen Betriebsratsposten sein muß. Abzuleiten und unberechtigte Verdächtigungen sind vom Uebel und soll sich der Betriebsrat solchen Machenschaften gegenüber die nötige Autorität verschaffen. Doch kann dies kein Grund sein, den Posten nicht mehr zu be-

halten. Wenn jeder seine Pflicht tut, sich der Tragweite und Bedeutung der Wahlen bewußt ist, wird der Sieg unser sein. In diesem Sinne auf an die Arbeit und der Erfolg für unsere gesamte christliche Textilarbeitererschaft wird nicht ausbleiben.

K. D.

Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat.

Dem Vorläufigen Reichswirtschaftsrat ist vom Reichsarbeitministerium ein Gesetzentwurf über die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat zur Stellungnahme vorgelegt worden, der die Ausführungsbestimmungen zum § 70 des Betriebsrätegesetzes enthält.

Der § 70 des Betriebsrätegesetzes lautet: In Unternehmungen, für die ein Aufsichtsrat besteht und nicht auf Grund anderer Gesetze eine gleichartige Vertretung der Arbeitnehmer im Aufsichtsrat vorgesehen ist, werden nach Maßgabe eines besonderen hierüber zu erlassenden Gesetzes ein oder drei Betriebsratsmitglieder in den Aufsichtsrat entsandt, um die Interessen und Forderungen der Arbeitnehmer sowie deren Ansichten und Wünsche hinsichtlich der Organisation des Betriebes zu vertreten. Die Vertreter haben in allen Sitzungen des Aufsichtsrats Sitz und Stimme, erhalten jedoch keine andere Vergütung als eine Aufwandsentschädigung. Sie sind verpflichtet, über die ihnen gemachten vertraulichen Angaben Stillschweigen zu bewahren.

Die hierfür wesentlichen §§ 3 und 4 des Gesetzesentwurfes lauten: Soweit nicht im Betriebsrätegesetz und im folgenden etwas anderes bestimmt ist, finden auf die in den Aufsichtsrat entsandten Betriebsratsmitglieder die gesetzlichen Bestimmungen Anwendung, die für die übrigen Aufsichtsratsmitglieder gelten. — Die Zahl der in den Aufsichtsrat zu entsendenden Betriebsratsmitglieder bemisst sich nach der Zahl der Aufsichtsratsmitglieder, die auf Grund der im § 1 genannten Gesetze zu wählen sind. Können nach dem zurzeit der Abaräumung der Wahl geltenden Gesellschaftsvertrag (Statut, Satzung) 5 oder mehr Aufsichtsratsmitglieder gewählt werden, so sind 2 Betriebsratsmitglieder, in allen übrigen Fällen eins zu entsenden. Zum Ersatz ausscheidender Mitglieder sollen für jedes in den Aufsichtsrat zu entsendende Mitglied zwei Ersatzmitglieder gewählt werden.

Die Begründung des Gesetzesentwurfes ist im folgenden besonders wichtig: § 70 des Betriebsrätegesetzes unterscheidet sich wohl in der äußeren Form von der seinerzeitigen Regierungsvorlage, stimmt aber in dem für das vorliegende Ausführungs-gesetz entscheidenden Punkt der gleichen Rechtsstellung der Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat mit den übrigen Aufsichtsratsmitgliedern der Sache nach mit dem Entwurf überein. Die gegenseitige Auffassung, die an die Einfügung des Satzes mit „um vertreten“ im § 70 anknüpft und darin eine Einschränkung der Rechtsphäre der Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat erblickt, ist unzutreffend. Aus Satz 2 des § 70, der den entsandten Betriebsratsmitgliedern in allen Aufsichtsratssitzungen Sitz und Stimme verleiht, folgt vielmehr mit völliger Klarheit, daß der mit „um“ beginnende Satz nur den Grund für die Entsendung von Betriebsratsmitgliedern in den Aufsichtsrat und die damit bezweckte Vertretung des Produktionsfaktors Arbeit in der obersten Leitung der mit Aufsichtsräten ausgestatteten Unternehmungen angibt. Jrgendein Unhalt dafür, daß der fragliche Satz die Arbeitnehmervertreter im Aufsichtsrat auf die Wahrnehmung der rein sozialpolitischen, das heißt aus dem Arbeitsverhältnis im engeren Sinne entstehenden Arbeitnehmerinteressen habe beschränken wollen, ist nicht gegeben, eine solche gesetzgeberische Absicht ist auch schon deshalb nicht anzunehmen, weil die Interessen der Arbeiterschaft bei der gegenwärtigen wirtschaftlichen Lage und der zunehmenden gemeinwirtschaftlichen Gestaltung des Wirtschaftslebens in gleicher Weise der Sozialpolitik wie der Wirtschaftspolitik zugewandt sind. Eine Scheidung beider Interessentkreise wäre in der Praxis unmöglich. Sie würde bei Anwendung auf den vorliegenden Fall zu einem den Wirtschaftsfrieden schädigenden Kampf in jeder Aufsichtsratssitzung und damit zu einem dem Sinne des Betriebsrätegesetzes entgegengesetzten Ergebnis führen.

Die Revolutionierung der sozialdemokratischen Gewerkschaften.

Die Befreiung der politischen sozialdemokratischen Partei hat Rückwirkung auf die sozialdemokratischen Gewerkschaften. Die Kommunisten haben durch den Zuwachs von den linksunabhängigen ihren parteipolitischen Einfluß erheblich gestärkt. Auf Befehl der kommunistischen Internationale von Moskau haben die deutschen Kommunisten die Pflicht, die freien Gewerkschaften für den revolutionären Sozialismus zu erobern. Das ist zum Teil bei den freien Metall- und Bergarbeiterverbänden gelungen. In Sachsen, im Ruhrgebiet, in Berlin und Stuttgart sind in den sozialdemokratischen Gewerkschaften starke kommunistische Minderheiten vorhanden, die die sozialdemokratischen Gewerkschaften weiter nach links abdrängen. Auf diese Weise soll die "freie" Gewerkschaftsbewegung für den revolutionären Sozialismus und die brutale Linksdiktatur reif gemacht werden.

Dieser Entwicklung passen sich anheimelnd auch ehemalige mehrheitssozialistische Gewerkschaftsführer an. Beispielsweise hat auf einer Wiener sozialdemokratischen Metallarbeiterversammlung Otto Hue laut "Cho vom Wiederstein" unter Verweisung auf Paul Marx über den Sozialismus folgendes gesagt:

„Sozialismus kann nur verwirklicht werden durch Aufhebung des Privateigentums an Produktionsmitteln, Ueberführung der Produktion an die organisierte Gemeinschaft, die durch und für das ganze Volk tätig ist.“

Die Durchführung des von Hue propagierten Sozialismus wäre vollendeter Kommunismus und ein Wirtschaftssystem, wie es niemals in der menschlichen Gesellschaft durchführbar ist. Das Hue in der Wiener Versammlung dem Kommunismus das Wort redete, ist sehr wahrscheinlich auf den starken Einfluß der Kommunisten in der Wiener sozialdemokratischen Metallarbeiterbewegung zurückzuführen.

Wie verderblich nach Ansicht desselben Hue die Durchführung der kommunistischen Grundzüge in das Land erweist im sozialdemokratischen „Volumer Volksblatt“ vom Jahre 1919 Nr. 86 zum Ausdruck gebracht. Dort führte er u. a. aus:

„Jetzt drohen die Versammlungslokale wider von den allerhöchsten Kampfreden gegen die „Regierung Ebert-Scheidemann“. Man will die halbverhungerten Proletarier glauben machen, wenn eine andere Regierung käme, dann verprügele sich die Not. Das ist immer noch der simple Glaube an die Wundermacht „einer hohen Regierung“. Als wenn irgend eine „andere Regierungsform“ und sei es auch die „Märeregierung“ der darbenenden Menschheit die Rettung vor dem Untergang bringen können, wenn sie sich nicht selbst rettet durch produktive Arbeit! Was immer für eine „Regierung“ da ist, ohne systematische Ausnutzung unserer Produktionskräfte geht jede Gesellschaft, auch die kommunistische, elend zu Grunde!“

Der russische Volksführer Lenin hat dieselbe Wahrheit ausgesprochen in seiner Rede über: „Die nächstliegenden Aufgaben der Sowjet-Macht“. Dort beantragte er: 1. Die Wiedereinstellung der abgesetzten Betriebsleiter mit hohen Gehältern. 2. Die Einführung einer strengen

Disziplin in den Betrieben („Eiserne Disziplin während der Arbeit mit dem widerspruchsvollen Gehorsam einer einzelnen Person“, fordert Lenin!) 3. Einführung des Akkordsystems. 4. Anpassung der Löhne an die Betriebsergebnisse. 5. Organisation des Wettbewerbs. Diesen Vorschlägen stimmt der Allrussische Volksgesamterrat der Räte zu!

Lenin ist zu seinen Vorschlägen gekommen angesichts des ungeheuren Produktionsrückganges in Rußland, der ruidsten Steigerung der Betriebskosten und dadurch der Staatszuschüsse. Der eingerissenen Anarchie in der Industrie soll Einhalt getan werden — wenn es noch gelingt.

Auch in der bolschewistischen Mätereublik Rußlands wird Arbeitsdisziplin, wird ein rentables Betriebssystem verlangt als Schutz gegen den völligen Zusammenbruch. — Glaubt denn ein vernünftiger Mensch, daß etwa eine „Regierung Haase-Debehour“ oder eine „kommunistische Mätereregierung“ den Bergleuten und Fabrikarbeitern die jetzt von „anarchistischer“ Seite erhobenen Forderungen bewilligen könne? Das wird zwar heute in Versammlungen als „selbstverständlich“ bezeichnet, aber die Ausführung ist etwas ganz anderes. Allerdings, wer das ehelich ausdrückt, der soll ein „Lump“ und „Verräter“ sein.

Was Hue 1919 über den Kommunismus sagte, trifft auch im Jahre 1921 noch zu. Ein Konjunkturpolitiker paßt sich allerdings den Zeitverhältnissen an. Das ist auch bei Hue anheimelnd der Fall. Der Witzwar in der sozialistischen Gewerkschaftsbewegung ist deshalb so groß, weil viele ihrer Führer keine Grundzüge haben.

Allgemeine Kundgebung.

Internationaler Bund der Christlichen Gewerkschaften.

Der Vorstand des Internationalen Bundes der Christlichen Gewerkschaften hat am 2. und 3. Februar in Köln eine Sitzung abgehalten; den Vorsitz führte der Präsident Nationalrat Prof. Scherrer (Schweiz). Der Sekretär des Internationalen Bundes, Serrarens aus Utrecht, erläuterte einen Bericht über die bereits gebildeten und in Gründung begriffenen Internationalen der Berufsverbände. Daraus ging hervor, daß für die Graphische Industrie, die Tabakarbeiter, Fabrikarbeiter, Nahrungsmittelindustrie, Holzarbeiter und Bauarbeiter schon Internationale Bünde gegründet sind, während für die Metallarbeiter, Landarbeiter, Angestellten, Eisenbahner, Textilarbeiter, Lederarbeiter und die Arbeiter der Bekleidungsindustrie die Gründung beim Internationalen Sekretariate und den betreffenden Verbänden in Vorbereitung ist. Das Bureau hat sich mit verschiedenen organisatorischen Interessen der Berufsverbände beschäftigt, namentlich betreffend das Verhältnis dieser Internationalen der allgemeinen Internationalen gegenüber. Eine Untersuchung nach der Lage der Gewerkschaftsbewegung in Oesterreich, Ungarn, Tschecho-Slowakei und Jugoslawien ist in Vorbereitung und wird wahrscheinlich im Frühjahr stattfinden. Der christliche Gewerkschaftsbund Luxemburgs wurde als Mitglied des Internationalen Bundes zugelassen. Eine Kommission, bestehend aus Dr. Th. Brumer (Köln), E. v. Duaquebele (Brüssel), Prof. Scherrer (St. Gallen), Dr. G. B. Valente

(Rom) und J. Birnhelb (Paris), wird sich mit der Vorbereitung eines Weltwirtschaftsprogramms beschäftigen. Bezüglich der Krisis wurde das Sekretariat beauftragt, mit der Sammlung von Angaben aus den verschiedenen Ländern über die Ursache und Ausdehnung der heutigen Krisis und mit einer Untersuchung über die Folgen und die Mittel, welche zur Besserung in Betracht kommen können. Prof. E. Burthmann (Köln) und Prof. M. Baer (Brüssel) wurden beauftragt, im Einvernehmen mit dem Sekretariate die Abhaltung einer Arbeiterinnen-Konferenz vorzubereiten. Diese Konferenz bezweckt eine Stellungnahme der dem Internationalen Bunde der Christlichen Gewerkschaften angehörenden Arbeiterinnen in wichtigen Fragen der Frauenarbeit. In der Erwägung, daß die Reichslösse der Pariser interalliierten Konferenz einen Rückschlag auf die wirtschaftliche Lage der ganzen Welt haben werden, wird das Internationale Bureau die einschlägigen Auffassungen der ihm angeschlossenen Landeszentralen über diese Angelegenheit diesen Zentralen unterbreiten. Die nächste Sitzung des Internationalen Bureaus wird am 10. und 11. Mai in Rom stattfinden.

Ein Protest der christlichen Gewerkschaften Italiens.

Die christlichen Gewerkschaften veröffentlichten einen schäbigen Protest gegen die Pariser Forderungen und die angedrohten Sanktionen, die 42 Jahre deutscher Knechtschaft zugunsten des ausländischen Kapitalismus und Imperialismus und die grausamste Verleugnung der im Krieg proklamierten Ziele Gerechtigkeit und Freiheit bedeuteten. Durch solche Ausschreitungen würde der Wiederaufbau Europas verzögert und dafür in den Besiegten der Rachegedult genährt. Im Namen der christlichen Ideale protestieren die Gewerkschaften gegen diesen Versuch, das deutsche Volk zu erstickern.

Einen unerföhlchen Verlust

erleiden unsere Mitglieder, wenn ihre Wohnstätten von einer Feuerbrunst oder von einem Einbruchsdiebstahl heimgesucht werden sollten und sie entweder nicht oder nur ungenügend versichert sind.

Bei der heutigen Preislage für Möbel und Hausrat, Wäsche und Kleider ist es die Pflicht der Selbsterhaltung, sich rechtzeitig unter einen guten Versicherungsschutz zu stellen.

Das tun unsere Mitglieder in ihrer eigenen Versicherung, der Deutschen Feuerversicherung, deren Betriebskapital von fünf Millionen Mark ausschließlich von Arbeitern und Angestellten aufgebracht ist und die außer Feuer auch gegen Einbruchsdiebstahl versichert.

- Für unsere Mitglieder gilt daher folgendes:
1. Jedes Verbandsmitglied muß gegen Feuer, in Städten auch gegen Diebstahl versichert sein.
 2. Jedes Verbandsmitglied versichert sich in seiner eigenen, der Deutschen Feuerversicherung.
 3. Jedes Verbandsmitglied, das nicht genügend hoch versichert ist, schließt bei der Deutschen Feuerversicherung eine Nachversicherung ab.
 4. Jedes Verbandsmitglied kündigt zum nächst möglichen Termin die bei anderen Gesellschaften laufende Ver-

Arbeitererinnerungen eines Webers.

Die Lage der Textilarbeiter, welche jetzt geschlossen in den Verbänden vereinigt sind, ist gegen früher ganz gewaltig gehoben worden. Für manche jüngeren Arbeiter wird es vielfach von Interesse sein, zu hören, wie es in der Fabrik dem Arbeiter früher erging. Gewiß werden die Arbeiter dadurch die heutigen Entzungenheiten erst recht zu würdigen wissen. Im nachstehenden eine kleine Schilderung der früheren Lage.

Durch das fast völlige Darniederliegen der Seant-Handweberei gezwungen, ging ich zur benachbarten Stadt und fragte in einer mechanischen Stoffweberei um Arbeit an. Der Fabrikdirektor war ein Älterer, würdig aussehender Herr mit langem Bart. Er saß an einem Tisch und rauchte aus einer halblangen Pfeife mit schwarzem Kiefernholz. Dazu trank er eine Tasse Kaffee. Wohlwollend hörte der Herr mein Verlangen an. „Ja, ja“, sagte er dann, „ich habe einen Platz für Sie, aber Sie müssen sich gut um die Hände kümmern, alles wird er bei gestellt, Sie sind hier, Sie sind hier, Sie sind hier.“

„Nun, ich wurde angenommen und konnte am folgenden Morgen schon kommen. Dieser menschentümliche Herr machte auf mich einen guten Eindruck. Tags darauf wurde ich einem älteren Arbeiter zugewiesen, der mich in der Handhabung des Stuhles sowie in der Bedienung des Webes unterwies. Das erste was mir in der Fabrik anfiel, war die eigenartige Art der Stühle und der sonstigen Maschinen. Von einer Transmissionsanlage sah man nichts. Der Fußboden war wie in einem Zimmer aus Holz. Unter demselben waren Stühle und Kanäle. Darin befanden sich die Transmissionsantriebe. Die Fabrik war schon vor dem Jahre 1870 erbaut. Man muß sagen, der Erbauer hatte hier etwas Vorzüglicheres geschaffen. Hier konnten Unfälle nicht so leicht vorkommen. Ich habe eine sehr prächtige Anlage mit mir zu sehen bekommen. Leider war die Heizungsanlage der Fabrik sehr unvollkommen. Nur an den vier Jahreszeiten waren Dippenrohre angeschlossen. Derselben waren gar nicht imstande den großen Raum zu erwärmen. Um diesen Mangel zu beheben, hatte man in gewissen Abständen drei große Öfen angeschlossen. Das hatte jedoch den Nachteil, daß derjenige, welcher in der Nähe der Öfen seinen Stand hatte, vor Hitze nicht arbeiten konnte, während der entferntere Arbeiter wenig von der Hitze spürte. Das Einzige, was man als Arbeitserleichterung bezeichnen konnte, war die von der Firma eingerichtete Krananlage. Man sagte, wenn ich nicht über 16 Pfd. wöchentlich Kranarbeit. Ob die Firma auch einen Ruheplatz gab, weiß ich nicht. Eine öffentliche Ruhegelegenheit für Jahresarbeiter fand nicht statt. Sonst waren keine Sozialleistungen vorhanden. Die Arbeiter, die von außerhalb kamen und in der Fabrik beschäftigt waren, legten des Morgens ihr Eigentum auf den Dampfhebel. Des Abends war das Essen eben lauwarm. In der engen und dunklen Schlafzelle, wo man eine Stuhl, gekloppte ein Tisch und

Handen war, wurde dann zu Mittag gegessen. Die Kleider, Rod und Kasse, wurden beim Eintritt in der Fabrik am Stuhl aufgehängt. Sehr schlecht waren die sanitären Anlagen. Die Aborte waren direkt an den Arbeitsaal angebaut. Dieser Uebelstand machte sich besonders im Sommer bei warmem Wetter sehr bemerkbar. Der Geruch und das Geräusch der Betränkungen, belästigten den Arbeiter. Das letztere habe ich nicht vom Hörensagen, das habe ich selber gesehen. Ich hatte nämlich in der Nähe der Aborte meinen Arbeitsplatz. Die mechanischen Stoffstühle waren sogenannte Lyonerstühle. Man nannte sie auch wohl Fallstühle. Dieser Stuhltypus gehört heute der Vergangenheit an. Er würde zu weit führen, wollte man diesen Stuhl in allen Einzelheiten beschreiben. Andere, kompliziertere und für den Weber praktischere Webstühle sind an besserer Stelle getreten. Im Anfang und Mitte der achtziger Jahre war die Fabrik auf glatte Stoffe eingerichtet. Geweibt wurde 12-stündiger Seim, aus Stegweirer, jedoch ganzweirer Lammwolle, feiner Stoffend mit Schlingendrah. Ende der achtziger Jahre wurden die ersten Jaquardstühle (Dammaste) in Betrieb gesetzt. Täglich zweimal wurde die Ware im Stuhl nachgeschlagen, einmal vom Meister, das zweite Mal von seinen Fabrikarbeitern. Die etwa vorkommenden Fehler waren Fadenbrüche, Schußstellen (Bertritt nannte man sie) Spalten und was beim 12-stündigen Seim öfters vorkam Draht um einander, d. h. ein Faden geriet in eine andere Nietenöffnung und konnte hängen die anderen Fäden am richtigen Einarbeiten. Auch das Bestehen der Ware kam schon mal vor. In diesen Fällen lag der Fehler am Stuhl. Ein vorhandener Fehler, wenn man ihn gleich sah, ließ sich rasch ansprechen. Wenn man aber einen Fehler bezeichnen wollte, der längere Zeit in Anspruch nahm, etwa mehrere Stunden bis zu einem halben Tag, dann konnte der betreffende Weber sich wohl in dem Webstuhl, daß der Fabrikleiter es nicht sah, sonst lief er Gefahr, wegen Unachtsamkeits bestraft zu werden. War die Kette abgerissen so brachte der Weber keine neue anzuordnen. Der Meister ging (wie ich schon sagte) hing einen anderen Kettensatz mit neuem Seim an und durchgezogener Kette ein, wobei der Weber in etwa zwei Stunden wieder am arbeiten war.

Das Jaquardsystem konnte man in der Fabrik nicht. Die Gegenwart des Jaquardsystems diente dazu, auch bei und dann auch die Kette an dem Jaquardstuhl geschlossenen Ketten. Das war den ersten Punkt, die Gegenwart des Stuhles angeht, so war man schon, daß der Stand und die Bewegung des Webes war am Stuhl eine sehr ungeschickliche war. Hervorgehoben wurde dies durch den Tritt der Kammschneide. Dieser Tritt war ein sehr gefährliches in der Nähe des Stuhles. Sollte man sich nun hüten an den Stuhl, so legte man den rechten Fuß richtig, der linken Fuß richtig vom Kammschneidtritt. Sollte man nun ein kleines Werk im Stuhl, so konnte man es nicht immerhin übersehen, hatte man aber ein breites Werk, so hinderte der Tritt sehr. Man mußte bald links, bald rechts über den Tritt gehen. Auch die angeführten

Ketten hinderten am Zweifelhafsystem, weil man jeden freien Augenblick zum Säubern der Kette benutzen mußte. Besonders für den Handwebstuhl war die Bewegung von Vorteil. Hier lernte derweil flink und rasch mit den Fäden umgehen, auch die Schützen gehörig in Ordnung halten, was demselben später von Nutzen war. Die Arbeitszeit betrug täglich im Sommer 12 Stunden, im Winter 11 Stunden. Die Kette war nun mit dem Bedient der Weber? Nun, der Vertreter der Firma hat sich selbst einmal darüber ausgesprochen. In einer besseren Wirtschaft der Stadt wurde in Gegenwart des ersten Gehilfen des Fabrikdirektors einmal gesagt, daß der Bedient der Weber wäre gering. Dies bestritt der oben genannte Herr. Bei ihnen wäre ein Weber beschäftigt, der durchschnittlich wöchentlich 18 Mk. verdiente. Also ein Weber von einer Belegschaft von etwa 150 Mann verdiente 18 Mark wöchentlich. Dem braucht man wohl nichts hinzuzufügen. Es war dies in den Jahren 1887-88. Neben im Tagelohn bei schlechtem Material gab es fast gar nicht. Nur ein Weber, soviel ich weiß, hat einmal eine Kette im Tagelohn abgewebt. Er bekam als Tagelohn 2 Mk., also 12 Mk. wöchentlich. War das Material, nämlich die Kettenteile, allgemein schlecht, so ging der Fabrikdirektor ans Telefon und fragte an zu schimpfen über das schlechte Material und zwar darauf, daß die Weber es hören konnten. Ob die das nun in Freiwild im Handwebstuhl auch wirklich hörten, das wußten die Weber nicht. Genug, dieselben gingen wieder beruhigt an die Arbeit.

Als Fachmann der von der Fide auf gebiet hatte, konnte und konnte der Herr Direktor alle Arbeiten, die im Betriebe vorkamen. Nun arbeitete an der Scheurmaschine ein älterer und schweißharter Mann. Dieser Mann dachte auch wohl, daß keiner soll und darf mehr arbeiten wie seine Abfertigte es gestatten. War nun der Fabrikleiter in der Nähe, dann tat er wohl etwas mehr. Doch das genügte dem Herrn noch immer nicht. Ich war mal Augenzeuge, wie er zu dem Manne hintrat mit den Worten: „Das es mir, das mir ist in made.“ Mit diesen Worten nahm er den Manne die Scheurplatte aus der Hand und fing selbst an zu arbeiten. Als er nach 3-4 Minuten angestrengt gearbeitet hatte, gab er dem Manne die Scheurplatte zurück mit den Worten: „Sa, noch wert für er.“ Der Fabrikleiter setzte seinen Rundgang fort. Bei dem einen oder anderen Weber blieb er am Stuhl stehen und beah sich die Ware. Dann konnte es schon mal vorkommen daß er die Säuberer aus der Werkstattische nahm und ansing, alle Enden des Zwischlozes und der Kettfäden sorgfältig abzuschneiden. „Das es gen Klarheit“, sagte er dann. „Klarheit es de Scheurplatte.“ Auf diese Art und Weise ging er dann durch die verschiedenen Abteilungen überall nach dem Rechten sehend. Urlaub gab es nur in vereinzelten Fällen. Ein mir bekannter Weber fragte an einem Herbsttage mal um ein paar Stunden Urlaub. „Was heißt ihr dann“, fragt der Herr Direktor. „El well Rapoes emalen“ sagte der Weber. „Was, Rapoes emalen“ sagte der Herr

sicherung und überträgt sie auf die Deutsche Feuer-
versicherung.
Oberster Grundsatz ist: Keine Versicherung bei anderen
Gesellschaften, sondern nur bei der Deutschen Feuer-
versicherung.
Auskunft erteilt der Vertreter der Versicherungs-
abteilung Kollege Ludwig Nid, Düsseldorf-Reisholz.
Überall Mitarbeiter gesucht.

Für unsere Arbeiter- und Betriebsräte.

**Gesetz über die Betriebsbilanz und die
Betriebsgewinn- und -verlustrechnung.**
(Vom 5. Februar 1921.)

Das „Reichsgesetzblatt“ Nr. 17 (1921) bringt folgende
Bekanntmachung:

Der Reichstag hat das folgende Gesetz beschlossen,
das mit Zustimmung des Reichsrats hiermit verkündet wird:
§ 1. Die nach § 72 des Betriebsrätegesetzes vom
4. Februar 1920 (Reichsgesetzblatt S. 147) vorzulegende
Betriebsbilanz muß nach den für das Unternehmen
geltenden gesetzlichen Bilanzgrundlagen die Bestandteile
des Vermögens und der Schulden des Unternehmens
derart erfassen lassen, daß sie für sich allein und unab-
hängig von anderen Urkunden eine Übersicht über den
Vermögensstand des Unternehmens gewährt. Das dem
Unternehmen nicht gewidmete Vermögen des Unter-
nehmers bleibt hierbei außer Betracht.

§ 2. Zur Erläuterung der Betriebsbilanz ist über die
Bedeutung und die Zusammenhänge der einzelnen Bilanz-
posten Auskunft zu geben. Die Auskunft muß sich auf
die Unterlagen der Bilanz, wie Inventar, Rohbilanz,
Kontokorrentkonto, Betriebs- und Handlungsunkosten,
gründen. Eine Verpflichtung zur Vorlegung von Bilanz-
unterlagen besteht nicht. Auf wesentliche Veränderungen,
die im Geschäftsjahr vorgekommen sind, ist hinzuweisen.
Sind Aktiva oder Passiva im Laufe des Geschäftsjahres
aus dem Betriebsvermögen dem Nichtbetriebsvermögen
oder aus dem Nichtbetriebsvermögen dem Betriebsver-
mögen zugeführt worden, so sind sie bei Vorlegung der
Betriebsbilanz in einer besonderen Aufstellung aus-
zuweisen.

Gehören zu einem Unternehmen mehrere Betriebe, so
muß bei Vorlegung der Betriebsbilanz, soweit es die
Eigenart des Unternehmens und der dazugehörigen Be-
triebe gestattet, die Geschäftslage der einzelnen Betriebe
erläutert werden.

§ 3. Das Recht, die Vorlegung und Erläuterung
der Betriebsbilanz (§§ 1, 2) zu verlangen, steht neben
den Einzelbetriebsräten auch dem Gesamtbetriebsrate zu.

§ 4. Auf die nach § 72 des Betriebsrätegesetzes vor-
zulegende Betriebsgewinn- und -verlustrechnung finden die
Vorschriften der §§ 1 bis 3 entsprechende Anwendung.

§ 5. Die Vorlegung und Erläuterung einer Betriebs-
bilanz sowie einer Betriebsgewinn- und -verlustrechnung
können erstmalig für das letzte vor dem 1. Januar 1921
abgelaufene Geschäftsjahr verlangt werden.

§ 6. Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Februar
1921 in Kraft.

Berlin, den 5. Februar 1921.

Aus unserer Industrie.

**Zur Erzeugungseinschränkung in der englischen
Baumwollindustrie.**

Die Aussichten der englischen Baumwollindustrie haben
sich in den letzten Wochen berart vermindert, daß dieser
Tage das Generalkomitee der Baumwollspinnervereinigung
abermals zusammentrat, um über die Lage zu beraten.
Bekanntlich konnte der im Oktober v. J. gefasste Be-
schluß, die Betriebe vier Wochen lang an den Montagen
und Samstagen zu schließen, nur teilweise durchgeführt
werden, weil der Abstimmung die für eine allgemeine
Schließung erforderliche Mehrheit von 80 Prozent in
denjenigen Betrieben, die amerikanische Baumwolle ver-
arbeiten, nicht erreicht wurde. In den ägyptische Baum-
wolle verspinnenden Betrieben wurde dagegen die Betriebs-
einschränkung reiflos durchgeführt. Die neue Tagung fahte
nunmehr laut R. J. zwei Entschlüsse, in denen fest-
gestellt wurde, daß 1. eine einschneidende Einschränkung der
Erzeugung auch in den amerikanischen Baumwoll-
verarbeitenden Betrieben notwendig sei, und daß 2. allen
Mitgliedern der Vereinigung dringend zu empfehlen ist,
die Verkürzung der Arbeitszeit bis auf weiteres auf
50 Prozent auszudehnen. Danach soll künftig nur noch
am Mittwoch, Donnerstag und Freitag jeder Woche ge-
arbeitet werden, während die Betriebe an den andern
Wochentagen zu schließen haben. Wie der Manch. Guard.
berichtet, sind bei der Abstimmung unter den Mitgliedern,
die am 3. Dezember stattfand, die Vorschläge des Komitees
angenommen worden. Die neue Einschränkung hat am
6. Dezember begonnen.

Aus unserer Bewegung.

Theorie und Praxis.

In Nr. 348 vom 27. Dezember 1920 brachte die „Nieder-
rheinische Volkstribüne“ einen Artikel: „Wie unsere Christen
arbeiten!“ In diesem Artikel wurde in verdrehter Form dem
christlichen Textilarbeiterverband der Vorwurf gemacht, daß
er nicht entschieden genug für die Lohnforderung der Samt-
weber eingetreten und daß der Vertreter des christlichen Ver-
bandes für die Familienzulage eingetreten sei und die als
eine soziale Tat bezeichnet hätte. In Nr. 14 der „Nieder-
rheinischen Volkstribüne“ vom 8. Januar 1921 hat der christ-
liche Textilarbeiterverband die nötige Antwort auf den Artikel
gegeben. Schneller als man es sich hätte denken können, hat
sich für den sozialdemokratischen Textilarbeiterverband die
Gelegenheit, seine in dem erwähnten Artikel der „Nieder-
rheinischen Volkstribüne“ vertretenen Grundzüge praktisch dort zu bewir-
lichen, wo er die unbestrittene Macht dazu hat, nämlich in
der Veredelungsindustrie in Krefeld. Am 15. Januar war der
für die Färberei und Appretur abgeschlossene Tarifvertrag ab-
gelaufen. Von dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband
war beim Arbeitgeberverband eine 26%ige Lohnhöhung ver-
langt worden, die aber vom Arbeitgeberverband abgelehnt
wurde, ohne überhaupt Verhandlungen gepflogen zu haben.
Um die Forderung durchzusetzen, griffen die Arbeiter zu
Maßnahmen, die die Veredelungsindustrie aufs schwerste
schädigen mußte. Der Schlichtungsausschuß, der sich in drei
Sitzungen auf Antrag des Arbeitgeberverbandes mit der Sache
befaßte, kam in seiner letzten Sitzung zu dem Spruch, daß
allen Arbeitern über 20 Jahre eine Stundenlohnhöhung von
20 Pfg., den Arbeiterinnen über 20 Jahre eine solche von
15 Pfg. gewährt werden soll. Daneben soll den verheirateten
und verwitweten Personen ein Hausstandsgeld von M. 2.—
und eine Kinderzulage von M. 1.50 je Arbeitstag gewährt
werden. Jetzt hieß es für den sozialdemokratischen Texti-
larbeiterverband, Farbe bekennen. Er, der Riese, der nach
seinen eigenen Angaben in den Färbereien und Appreturen
von 1077 Arbeitern und Arbeiterinnen 1011 in seinem Ver-
bande organisiert hat (siehe „Niederrheinische Volkstribüne“
Nr. 36 vom 5. Februar), hätte jetzt einmal zeigen sollen, daß
sein Geschrei in Nr. 343 der „Niederrheinischen Volkstribüne“
nicht nur Heuchelei und leeres Schall sein sollte, sondern daß
es ihm ernst ist mit seinen Grundfäden. Schon in der
ersten Sitzung des Schlichtungsausschusses war der Vorschlag
gemacht worden, daß die Parteien sich auf die Familienzulage
einigen sollten, aber in der Verhandlung, die an demselben
Tage nachmittags mit dem Arbeitgeberverband gepflogen
wurde, lehnten die sozialdemokratischen Verbandsvorleiter und
die Lohnkommission jede sachliche Verhandlung über die
Familienzulage ab. Man ging in einer nachfolgenden Ver-
sammlung sogar so weit, zu erklären, daß man eher auf
jede Erhöhung verzichten würde, als die Familien-
zulage anzunehmen. Aber die Grundzüge der Färberei
des sozialdemokratischen Verbandes scheinen nicht von den ver-
heirateten Mitgliedern des Verbandes geteilt zu werden; denn
schon in den Betrieben setzte unter den verheirateten Arbeitern
eine lebhafte Diskussion darüber ein, daß es doch Unfug
sei, nun auf eine namhafte Erhöhung des Wochen-
einkommens zu verzichten und den Arbeitgeber Tausen-
ende von Markten zu sparen. In der am Samstag, den
12. Februar, stattgefundenen Versammlung der Arbeiter der
Veredelungsindustrie erlebten wir dann das Schauspiel, daß
der Vertreter des sozialdemokratischen Verbandes den Arbeitern
die Annahme des Schiedspruches empfahl. Ein von einem
Arbeiter eingebrachter Antrag, nur die Stundenlohnhöhung
anzunehmen, wurde von der Verhandlung damit abgetan,
daß der Schiedspruch ein einheitliches Ganzes sei und daß
man ihn nicht auseinanderreißen dürfe. Vegetarier waren
die Ausführungen des Haupteiters Steinbrinck, der betonte, daß
es gewiß ein idealer Zustand sei, wenn die Färbereiarbeiter
sich zu der Höhe aufschwüngen könnten, die Familienzulage ab-
zulehnen; aber bei dem materialistischen Geist, der heute durch
das Volk gehe, bestehe die große Gefahr, daß die Arbeiter die
Familienzulage annähme, wenn die Arbeitgeber sie ihnen
freiwillig auszuhandeln würden, denn tatsächlich sei ja schon in
einer Färberei seit längerer Zeit die Familienzulage von den
Arbeitern angenommen. Die Annahme des Schiedspruches
wurde dann auch mit großer Mehrheit beschlossen. Damit
sind die Grundzüge des sozialdemokratischen Textilarbeiter-
verbandes zur Strecke gebracht. Schluß an diesem Ausgange
ist diesmal nicht der christliche Textilarbeiterverband, der ja
nach den Angaben des sozialdemokratischen Verbandes nur
34 Mitglieder in der Veredelungsindustrie haben soll, sondern
nach den Ausführungen der sozialdemokratischen Verbands-
führer in der Versammlung lediglich der Materialismus,
von dem die Mitglieder des sozialdemokratischen Verbandes
erfaßt sind. Um eine Ausrede sind die sozialdemokratischen
Führer noch niemals berlegen gewesen. Heute so, morgen

andere, wie es eben in ihren agitatorischen Kram paßt, denn
der Riese etwas vorgemacht werden soll. Allen Ansehens
nach sind aber die Führer des sozialdemokratischen Texti-
larbeiterverbandes, und zwar nach eher als wir es geglaubt
haben, zu der Erkenntnis gekommen, daß den anormalen
Zelten auch in der Lohnfrage zwischen Bedigen und Familien-
vätern Rechnung getragen werden muß. Prinzipienreiter ist
 zwar schön und einfach, dabei sogar für die sozialdemokra-
tischen Führer nach agitatorischen Gesichtspunkten ein einträ-
gliches Geschäft, und dennoch werden auch sie ab und zu ge-
zwungen, sich in der Praxis den realen Tatsachen unter-
zuordnen.

Die in den Färbereien beschäftigten Arbeiter und Arbei-
terinnen, die noch nicht von sozialdemokratischen Scheinpartien
umgeben sind und in dieser Verfassung auch noch die Wirklich-
keit erkennen, dürften aus dieser Bewegung allerschön geerntet
haben. Vor allem das eine, daß es leichter ist, Versprechungen
zu machen, als das Versprechen auch in die Tat umzusetzen.

Zum Schluß verbietet noch herabgehoben zu werden,
daß einige Disziplinäre in der Versammlung in der
Stadthalle betonten, daß man einen solchen Ausgang nicht er-
wartet hätte. Aber man könnte sich dafür bei dem Beisitzer
im Schlichtungsausschuß, dem Gewerkschaftssekretär Sußwald
vom Deutschen Metallarbeiterverbande bedanken, den man
nur noch als Halunken und Arbeiterverräter bezeichnen könnte.
Tief bedauerlich hieße es nur, daß von den anwesenden drei
Beamten des sozialdemokratischen Textilarbeiterverbandes keiner
es für nötig hielt, derartige Ausfälle gegen die Beisitzer im
Schlichtungsausschuß zurückzuweisen. Durch die Unterbühnen
der gewerkschaftlichen Grundzüge in den sozialdemokratischen
Verbänden werden den Mitgliedern, die noch für die praktische
Arbeit und für die Grundzüge der Gewerkschaftsbewegung
Verständnis haben, wohl endlich die Augen geöffnet werden.
M. P.

Berichte aus den Ortsgruppen.

Wuppertal i. W. Am 2. Februar fand unter reger
Anteilnahme unserer Mitglieder unsere langjährige General-
versammlung statt. Der Vorsitzende eröffnete die Versamm-
lung mit einigen Begrüßungsworten an die Mitglieder, sowie
an den Bezirksleiter Kollegen Camps aus Krefeld. Nach-
dem der Vorsitzende einen kurzen Geschäfts- und Kassenbericht
erstattet hatte, wurde zur Wahl der Vorstandsmitglieder ge-
schritten. Es wurden wiedergewählt Kollege Heimr. Ahles,
Vorstandsleiter; Kollege Jos. Buschmann, Kassierer und Kollege
Wihl. Landsknecht, Schriftführer. Neu in den Vorstand
wurden gewählt die Kolleginnen Antonia Camps und
Franziska Schröder sowie der Kollege Heimr. Ahterkamp.
Zu Kassenrevisoren wurden wieder- bezw. neu gewählt die
Kollegen Hubert Meyer und Anton Busmann. Zum Ver-
trauensmann wurde der Kollege Wihl. Kieje neugewählt.

In dem sich an die Wahlen anschließenden Vortrag des
Kollegen Camps wies derselbe ganz besonders auf die innere
Entwicklung der Organisation hin, im Besonderen aber, wie
sich die Mitglieder innerhalb der Ortsgruppen mehr und
mehr geistig durchbilden mußten, um als echte christliche
Gewerkschaftler für das Wohl ihres Standes und damit auch
für das gesamte Volkswohl wirken zu können.

Nachdem nun noch einige Ortsgruppen-Angelegenheiten
zur Erledigung gekommen waren, konnte der Vorsitzende mit
Worten des Dankes an die Erschienenen die heutige General-
versammlung schließen.

Aus Bayern. In Brand bei Marktredwitz hat
die hochgepreizte „Einheits-Organisation“ ein ganz empfind-
liches Loch bekommen. In der dortigen Spinn- und Weberei
war bis vor ungefähr einem Vierteljahre alles im sozial-
demokratischen Textilarbeiterverband organisiert. Trotzdem
wurden jene, welche den konfessionellen evangelischen Bann
als Mitglieder angehörten, von ihren eigenen Genossen
wegen ihrer religiösen Ueberzeugung stets ver-
hohlt und verspottet. Dazu kam noch, daß die Betriebs-
und Mitgliederversammlungen des sozialdemokratischen Ver-
bandes zum politischen Tummelplatz wurden in dem Streit
zwischen MSP, USV. und Kommunisten. Von diesem Treiben
formlich angeekelt, hat ein Teil der Arbeiter sich ent-
schlossen, aus dem sozialdemokratischen Textilarbeiterverband
auszutreten und sich als Mitglieder dem christlichen Texti-
larbeiterverband anzuschließen.

Die junge rührige Ortsgruppe Brand hielt nun am
23. Februar eine Versammlung ab, in der Kollege Melcher
aus Greiz — als evangelischer Sekretär unseres Verbandes —
das Referat übernommen hatte. Seine Ausführungen be-
leuchteten den Entwicklungsgang und die Tätigkeit der christ-
lichen Gewerkschaften vor, während und nach der Revolution.
In markanten Ausführungen zeichnete Melcher auch ein Bild
über das Programm und die Grundzüge der christlichen Ge-
werkschaften, die allem geeignet seien, das Gleichgewicht in dem
großen Wirrwarr in der Arbeiterbewegung wieder herzustellen.

Seine Ausführungen wurden von der stillen Anzahl
der anwesenden Frauen und Männer mit Dank und Beifall
aufgenommen. Niemand — so erklärten die Leute — hätten
sie im jenseitigen Lager solche sachlichen, belehrenden und an-
regenden Vorträge gehört, wie in unseren Versammlungen.

Im zweiten Teil der Versammlungen berichtete Bezirks-
leiter Kollege Seier-Augsburg über unsere bekannte Stellung-
nahme zur Frage der Arbeitszeit, sowie über die Lohn-
verhandlungen für Nordbayern, welche am 22. Februar vor
dem Landesarbeitsamt in Nürnberg stattgefunden haben.
Das Schiedsgericht hat die Forderung der Arbeiterorganisationen
auf Gewährung von Feuerungszulagen abgelehnt mit der Be-
gründung, weil der Tarif, der vom Deutschen Textilarbeiter-
verband mit den Arbeitgebern allem abgegeschlossen wurde, nicht
gekündigt war. — Nach Aufklärung über die kommenden Be-
triebsratswahlen, wurde die schön verlaufene Versammlung
geschlossen.

Wuppertal. Wie alljährlich, so hieß es auch am 13. Februar
wieder Heerzau zu halten und einen Stöckel zu werfen auf
das Vergangene um auf Grund der Erfahrungen das Ziel zu
erreichen zum Aufstieg unseres Standes. Leider liegen die örtlichen
Verhältnisse so, daß die Mitglieder der Ortsgruppe im weiten Kreis
ein bis zwei Stunden im Umkreis wohnen, und die Versammlungen
nicht so besucht sind, wie es sein müßte. Hier heißt es den
Organisationsgedanken zu vertiefen, der solche Schwierigkeiten
überwindet und die Mitglieder von selbst zur Versammlung
hinzieht. Um 5 Uhr vom Vorsitzenden, Kollegen Jos. Pfeifer,
mit dem christlichen Gruß eröffnet, erstattete Kollege
Schmitz den Kassenbericht, der von den Revisoren bestätigt
und für seine gewissenhafte Arbeit den Dank der Versammlung
verlesen konnte. Nach Eröffnung der Versammlung wurde die
Wahl des Vorsitzenden sowohl wie die der aus-
scheidenden Vorstandsmitglieder durch einstimmige Wiederwahl
erledigt. Als Revisoren wurden die Kollegen W. Dreißhausen
und Reiner Effer gewählt. Hierauf gab die Kollegin Gertrud
Pfeifer, Orten, in dankenswerter Weise einen Überblick
über den Ortsgruppenbericht, bemerkend, besonders beach-

Direktor, „de hebb ech fröder ömmer noch Fierabend engemat“.
Damit war der Weber abgewiesen.

Auf eine einfache, man kann auch wohl sagen diktatorische
Weise, wußte der Herr Direktor Uebelständen abzuhelfen. Der
Winter 1887—88 war außerordentlich streng und kalt. Schon
am 17. Oktober stellte sich der erste Schneefall ein. Die Weber
aus der Umgegend kamen zu Fuß und mußten um 7 Uhr in
der Fabrik eine Insel der Kälte und des Schnees. Seit
einiger Zeit diese Weber zu spät. Eines guten Morgens
war die Tür verschlossen. Nach und nach kamen alle Nach-
zügler heran. Auch ein Reiter war dabei. Als sie nun etwa
eine halbe Stunde im Schnee vor der verschlossenen Türe ge-
standen hatten, gingen diejenigen, die noch einen Groschen in
der Tasche hatten, zu einer benachbarten Wirtschaft, tranken
einen Schnaps und wärmten sich am Ofen. Als sie nun
zurückkamen, standen ihre Mitarbeiter noch immer vor der Tür.
Endlich um 1/9 Uhr wurde die Türe aufgemacht. Diese Rabibatur
hatte gefolgt. Seit jeder Zeit kam selten mehr einer zu spät.

Die Hauptbeschäftigung des Herrn Direktors bestand im
Liesern der Ware. Das hieß nun, „da Baiter es de Jonge de
Hoer am Ichnie“. Nun, das Befolgen er dann auch nicht zu
knapp. Selten kam einer ungeschoren davon. Was auch sonst
nicht alles bestraft wurde, dafür ein Beispiel: Einem Weber
flug beim Arbeiten der Schälze heraus. Dadurch wurde der-
selbe an einer Seite stark beschädigt. Nun brachte er denselben
gleich zum Meister in die Schreinerlei und fragte ihn, ob er
ihn nicht reparieren könne. Dieser sagte zu. Nach ein paar
Stunden holte der Weber den Schälzen ab. Derselbe war
tadellos wieder hergestellt. Zum Dank dafür gab er dem
Manne ein paar Groschen. Bei der nächsten Abholung jedoch
stand im Lohnbuch: „Schälze verdorben, Strafe 1.50 M.“.
Nun ging der Weber zum Schreinermeister und zeigte dem-
selben die Strafe. „Ja“, sagte der Meister, „als ich
an dem Schälzen arbeitete, kam unversehens der Direktor und
fragte mich, wem der Schälze gehöre. Ich sagte es.“ Die
Strafe davon war die Strafe. Den betreffenden Schälzen hat
der Weber nach der Reparatur noch beinahe ein Jahr ge-
braucht, auch sein Nachfolger auf dem Stand hat denselben
noch lange benutzt. Jeder ehrlieh und gerecht denkende
Reich muß sagen, das war kein Abzug mehr. Unter Abzug
versteht man Strafe für fehlerhafte Ware. Diese Strafe war
der rechte — Nun, ich will das höchste Wort nicht aus-
sprechen. Heute noch ist die Firma dem Weber das Geld schuldig.
Einmal im Jahre ging der Fabrikherr aus Krefeld durch
den Weßaal. Ich kannte den Herrn nicht. Ein Meister machte
mich auf denselben aufmerksam. Er sprach mit niemandem,
auch mit den Weßalern nicht. Dieser Fabrikherr betrat so
richtig den Herrenstandpunkt der damaligen Zeit. Allerdings
zu seinem und mehr noch zum Schaden der Arbeiter.

Ich denke, wie kurze Ausführungen genügen, daß
jeder Arbeiter den Wert und die Bedeutung der Berufs-
organisation (die man früher nicht kannte) erst recht zu
schätzen weiß.
S. W., Krefeld.

trägt zu sein, den Webdurger Mitgliedern für die materielle Unterstützung herzlich zu danken. In diesem Zusammenhang sei die Kollegin so recht der Geist einer großen Anzahl Unternehmer und die Notwendigkeit für die Arbeiterschaft, jede Uneinigkeit zu vermeiden und die Reihen fest zusammen zu schließen mit dem Gedanken, Einer für Alle und Alle für Einen. Dann erläuterte Kollege Gewerkschaftssekretär Hl. Bartholomäus, nach den Gedanken des Mitgliedsbestimmungsrechtes der Arbeiterschaft unter besonderer Klarlegung des Betriebsratsgesetzes. Seine leichte Aufgabe sei es für unsere Betriebsratsmitglieder, in der heutigen Zeit des materialistischen Egoismus sich durchzusetzen, doch müssten alle Kräfte angespannt werden, unser Wirtschaftsleben mit dem christlichen Geiste der Gleichberechtigung zu durchsetzen. Klassenkampf von links oder rechts würden unser Volk niemals zur Gesundung bringen. Zum Schluss forderte er die Anwesenden auf, bei der nächsten Betriebsratswahl sich von diesen Gedanken leiten zu lassen und an der notwendigen Unterstützung mit zu arbeiten. Jede Uneinigkeit müsse ferngehalten werden, denn nur Einigkeit bringe vorwärts. Nachdem der Vorsitzende den beiden Referenten den Dank der Versammlung ausgesprochen, entwickelte sich eine sehr rege Aussprache im Sinne der Referenten. Nach einem kurzen Schlusswort des Vorsitzenden, sich des Ernstes der Zeit bewusst zu werden und die Versammlungen zur eigenen Schulung immer zahlreich zu besuchen, erreichte die Versammlung ihr Ende.

Dahlhausen. Die Jahreshauptversammlung unserer Ortsgruppe fand am 29. Januar 1921 statt. Die Tagesordnung sah außer Jahresbericht, Vorstandswahl und einigen wichtigen gewerkschaftlichen Fragen ein Referat: „Brennende Zukunftsfragen“ vor. Aus dem Jahresbericht, der vom Vorsitzenden Kollegen Otto Heßler gegeben wurde, ging hervor, daß die Mitgliederbewegung trotz zeitweiliger Rückschläge infolge der politischen Ereignisse und wirtschaftlichen Schwierigkeiten sich stetig entwickelte, sodaß ein Mitgliedererwerb von 79 zu verzeichnen und die Mitgliederzahl somit auf über 900 gestiegen ist. Die Kassenergebnisse konnten ebenfalls als gut bezeichnet werden. Die innere Organisation wurde durch eine planvolle Zusammenfassung der einzelnen Funktionsgruppen (Vorstand, Vertrauensleute, Arbeiterkommision, örtlicher Textilarbeitererrat) zu einer Arbeitsgemeinschaft weiter ausgebaut. Durch Einrichtung von Auskunftsstellen wurde einem Bedürfnis der Mitglieder Rechnung getragen. In einer Reihe betrieblichen und volkswirtschaftlichen Fragen wurde von der Ortsgruppenleitung eingegriffen. Durch geeignete Maßnahmen wurde politischen und Agitation-Aktionen der Gegner wirksam entgegengewirkt, sodaß die Position des Verbandes weiter gefestigt wurde.

Am Schlusse des Berichtes konnte der Vorsitzende feststellen, daß Dank der treuen Mitarbeit aller Funktionsgruppen ein erfreuliches Bild der Entwicklung gezeigt und mit Beherrschung des arbeitsreichen, aber dankbaren Geschäftsjahrs abgeschlossen werden konnte. Nachdem der Vorsitzende allen Mitarbeitern den Dank der Verbands- insbesondere der Ortsgruppenleitung ausgesprochen und einen warmen Appell an die Anwesenden gerichtet hatte, schloß er seine Ausführungen, indem er der Heberzeugung Ausdruck gab, daß nur die christliche Gewerkschaftsbewegung mit ihren hohen Zielen die Zukunftsbewegung der deutschen Arbeiterschaft zum Segen des gesamten Volkes sein kann. Bei der Wahl des Vorstandes mußte auf den durch die Entwicklung der Ortsgruppe verursachten größeren Geschäftsbetrieb Rücksicht genommen werden. Der Vorstand setzt sich nunmehr aus fünfzehn Personen zusammen. Davon gehören dem geschäftsfähigen Vorstand sieben, dem erweiterten Vorstand acht Mitglieder an. Im erweiterten Vorstand sind die Vorsitzenden der einzelnen Funktionsgruppen neben alten praktischen Gewerkschaftlern vertreten, sodaß den Kollegen im geschäftsführenden Vorstand gute Berater zur Seite stehen, welche der Ortsgruppe von Nutzen, und insbesondere der Schulung des Mitarbeiterapparates und der Mitgliedschaft nur dienen kann. Nachdem die Vorstandswahl vollzogen, nahm unser Bezirksleiter Kollege Otto Blüthgen das Wort zu seinem Referat. In trefflichen Ausführungen gelang es ihm, alle Kernpunkte der heutigen und zukünftigen Fragen herauszuziehen und in klarer Erläuterung Verständnis zu werden, in welcher Weise es möglich ist, die großen und lebenswichtigen Aufgaben zu lösen, welche nicht allein im Interesse unserer Arbeiterschaft, sondern des gesamten Volkes notwendig sind. Mit reichem Beifall dankten die Anwesenden dem Referenten für seine mit großer Sachkenntnis und Heberzeugungstreue gemachten Ausführungen.

Mit einem Hoch auf den Verband schloß die Versammlung. **Fulda.** Die Ortsgruppe Fulda hielt am 29. Januar eine gut besuchte Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Baadt, erstattete den Jahresbericht. Aus demselben war zu hören, daß auch 1920 für die Ortsgruppe ein vorwärts bedeutendes. konnten wir doch am Schlusse des Jahres eine Mitgliederzahl von 606 verzeichnen. Mehrere Lohnbewegungen brachte uns das verfloßene Jahr und einige Male mußte den Arbeitgebern in besonderer Weise zum Bewusstsein gebracht werden, daß auch unter den heutigen, schweren Verhältnissen die Arbeiter ein Recht auf eine menschenwürdige Existenz hätten. Die Mitglieder hätten im Laufe der Zeit eingesehen, daß nur die Gewerkschaften befähigt seien, die Interessen der Arbeiter zu wehren und zu fördern und forderte die Kolleginnen und Kollegen auf, lebendige Mitglieder unseres Verbandes zu bleiben.

Kollege Müller gab dann den Kassenericht. Aus diesem war zu ersehen, daß im allgemeinen die Beitragzahlung nach den Satzungen geistert wurde. Betrag noch die Gesamtsumme der Ortsgruppe im vierten Quartal 1920 16175 M. In der Aussprache, woran sich die Mitglieder rege beteiligten, wurden Wünsche geäußert und Anregungen gegeben. Kollege Bahner ermahnte die Mitglieder, auf dem einschlägigen Wege vorwärts zu gehen, sich selbst zu schulen und zu bilden. Das vom Verband herangezogene Material richtig anzuwenden und insbesondere in der Agitation zur Förderung neuer Mitglieder. Bei den Wahlen wurde der bisherige Vorstand wiedergewählt. Ein Verweis dafür, daß die richtigen Mitglieder an der richtigen Stelle fanden. Einige Zuwahlen erfolgten, um den Vorstand auf die bevorstehende Wahl zu bringen. Mit einem begeisterten Appell an die Mitglieder, ihr Bestes einzusetzen für unsere christliche Gewerkschaftsbewegung, schloß der Kollege Baadt die wichtige Generalversammlung.

Greiz (Sogt). Ein Rückblick auf das Jahr 1920. In unserer Jahreshauptversammlung am 30. Januar erstattete Kollege Meißner den Jahresbericht. Danach hing die Mitgliederzahl auf 939, wovon 441 weiblich sind. 393 Lohnbewegungen fanden 169 Wahlen statt. Die gesamten Einnahmen betragen für die Jahresfrist auf 50812 M., wovon in bar an die Kassier 46413,22 M. abgehakt wurden. Unterhaltungen sind folgende angegeben worden: Anwesenheitsprüfung 878,70 M., Arbeitslosenunterstützung 4218,93 M., Streikunterstützung 174 M., Erziehungs 135 M., Krankheits 50, M., insgesamt 50812,85 M. Abgehakt Mitglieder

hatte der Verband im Jahre 76. An der Lohnaufkantung wirkte unser Verband im vergangenen Jahre auslaggebend mit. Es betrug der garantierte Stundenlohn für einen männlichen Facharbeiter bis zum 16. 4. 20 2,45 M., ab 16. 4. 20 4,65 M., ab 1. Januar 1921 5,30 M. resp. 5,45 M. Die dem garantierten Einkommen (bei voller Beschäftigung 243,90 M. resp. 250,70 M. für die Woche) steht immer noch ein Existenzminimum von 341,31 M. gegenüber. Es kann deshalb an einen Lohnabbau vorläufig nicht gedacht werden.

Die Betriebsratswahlen erbrachten für uns in 10 Betrieben 19 Betriebsratsmitglieder. Im öffentlichen Leben nimmt unser Verband eine achtunggebietende Stellung ein. Vertreten ist der Verband in fast allen öffentlichen Körperlichkeiten, wie Gemeinderat, Bezirksrat, Krankenkasse usw. Das Verbandsleben wirkte sich in 12 Vorstandssitzungen, 14 Versammlungen und einem Unterrichtskursus für Betriebsräte aus. Kollege Meißner wünschte zum Schluß, daß auch im neuen Jahre 1921 alle Mitarbeiter wieder so rätig für den Verband mitarbeiten möchten wie im vorigen Jahre.

Der erste Vorsitzende, Kollege Behmann, wurde wiedergewählt. Das Amt des zweiten Vorsitzenden wurde dem Kollegen Wolf übertragen. Für die Vorbereitung der sozialen und kommunalen Wahlen wurde ein Wahlausschuß gebildet. Zum Schluß sprach Kollege Pöcher über Lebensaufgaben des heutigen Volkes. Seinen Ausführungen folgten die Anwesenden mit lebhaftem Interesse, was der starke Beifall am Schluß seines Vortrages bewies.

Glauchau (S.). Unsere Mitgliederversammlungen könnten besser besucht sein, denn nur in den Versammlungen können sich die Mitglieder über Vorgänge in unserer Bewegung unterrichten. Am 2. Februar wurde in unserer Ortsgruppe über verschiedene Ortsgruppenangelegenheiten entschieden. Die gesamte Innenorganisation wurde einer Neuordnung unterzogen. Weiter wurde eine entschiedene Stellung zum Sozialen Wahlausschuß eingenommen. Beschlossen wurde, für die Versammlungen des Sozialen Wahlausschusses zu agitieren. Nach einem Referat des Kollegen Meißner wurde der Beschluß gefaßt, für die Zurüstung der Sozialorganisierten Kräfte zu wirken. Weiter richtete Kollege Meißner die Einbringung der 46stündigen Arbeitswoche durch die Arbeitgeberorganisationen. Die anwesenden Kollegen waren sich darüber einig, mit allen Kräften für die Beibehaltung der 46stündigen Arbeitswoche einzutreten. Nachdem noch beschlossen wurde, in diesem Jahre unser Stiftungsfest am 5. März in würdiger Weise zu feiern, konnte die Versammlung geschlossen werden.

Herbolzheim. Am 20. Februar hielt unsere Ortsgruppe ihre diesjährige Generalversammlung ab. Nach der Begrüßung durch den Vorsitzenden Karl Kienle wurde die Tagesordnung bekanntgegeben. Zum gab uns der neue Gauleiter, Kollege Halter aus Freiburg ein klares Bild über den Reichenschaftsbericht vom Jahre 1920. Aus demselben war zu entnehmen, daß die hiesige Ortsgruppe gute Fortschritte gemacht hatte. Der Mitgliederbestand am 1. Januar 1920 war 60, am Schluß des Jahres 115 und ist bis zum heutigen Tage auf 126 gestiegen. Auch der Kassenerbestand war ein sehr guter. Die Vornahme der Wahl war sehr erfreulich, da unsere alten Vorstandsmitglieder alle wiedergewählt wurden, bis auf eine Vertrauensperson, an deren Stelle Kollege Rosa Hubl tritt. Hierfür dankte unser Gauleiter der Versammlung für das Vertrauen, das sie ihrem bisherigen Vorstande schenken und ermahnte sie, auch weiterhin mitzuwirken an der guten Sache. Bezüglich der von den Arbeitgebern geforderten 48 Stundenwoche faßte die Versammlung folgende Entschlußung:

„Die am 20. Februar 1921 tagende Generalversammlung, welche vollzählig besucht war, kann sich dem Verlangen der Arbeitgeber auf Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit nicht anschließen. In Anbetracht der durch den Krieg verursachten Unterernährung weitest Schichten des arbeitenden Volkes, namentlich der im Textilgewerbe vorherrschend tätigen Frauen, ist es dringend geboten, die zur Zeit zur Friedendzeit sämtlicher Vertragskontrahenten eingetragene 46stündige Arbeitswoche beizubehalten. Des weiteren wäre es für die im deutschen Reich noch arbeitslosen Textilarbeiter ein Faustschlag ins Gesicht, wollte man ihnen die Aussicht auf Arbeit durch die Verlängerung der Arbeitszeit noch weiter hinausschieben. Die Versammlung gibt sich deshalb der Hoffnung hin, daß die 46stündige Arbeitswoche mit dem freien Samstagnachmittag auch für die Zukunft beibehalten wird.“ Nach Vortrag einiger Lieber dankte der Vorsitzende allen und schloß hiermit die schon verlaufene Versammlung. Auch unierm früher in Kollegen Karl Buchner, Gauleiter in Waldkirch, dankten wir für die schönen Abschiedsworte und rufen wir ihm noch nachträglich herzlich lebe wohl zu und wünschen ihm weiterhin viel Glück im schönen Elstal.

Lieben (Kreis Landeshut). Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 11. Januar statt. Kollege Katscher erstattete die Versammlung und dankte dem Vorstand und den Vertrauensleuten für ihre Unterstützung. Nachdem das Protokoll von der letzten Versammlung vorgelesen war, hielt der Kollege Hanke einen Vortrag über das Betriebsratsgesetz. Dann hielt man zur Vorstandswahl. Als erster Vorsitzender wurde wiedergewählt Kollege Kötzer; als zweiter Vorsitzender Kollege Adolf Hentjchel neu gewählt. Wiedergewählt wurde als erster Kassierer Joseph Häbner, als zweiter Kassierer Kollege Anna Reiz. Wiedergewählt als Schriftführer Kollege John, als zweiter Schriftführer Kollegin Laura Papal. Als Beisitzer wurden gewählt Wilhelm Wittmer, Rosa John und Anton Kahl. Als Kontrolldelegierte wurden gewählt Kollegen Kötzer und Häbner und Kollegin Adolf und Putschmann. Kollege Kötzer dankte allen Mitgliedern für ihren Beifall und bezeichnete es als Pflicht aller Mitglieder, im neuen Jahre die Versammlungen regelmäßig zu besuchen.

Obernaukirch (Sachsen). Zum Kampf um die 46stündige Arbeitswoche. Am 20. Februar hatte unsere Ortsgruppe zu einer Mitgliederversammlung mit der Tagesordnung: „Der Kampf um die 46stündige Arbeitswoche“ eingeladen. Nachdem Kollege Trepte die Stellung unseres Verbandes zu dieser Frage erklärt hatte, wurde von der Versammlung folgende Entschlußung angenommen: „Die heute in der Krone Obernaukirch tagende Mitgliederversammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes nimmt Kenntnis von der Einbringung des Abkommens über die 46stündige Arbeitswoche durch die Arbeitgeberverbände. Die Versammlung lehnt die Forderung der Arbeitgeber zur Verlängerung der wöchentlichen Arbeitszeit um zwei Stunden mit der Begründung ab, weil durch den Krieg die Gesundheit der arbeitenden Bevölkerung sehr gefährdet worden ist und somit der Arbeiterkampf eine längere Arbeitszeit nicht zugunsten werden kann. Besonders dadurch, daß in der hiesigen Textilindustrie so viele Frauen beschäftigt werden, wäre eine verlängerte Arbeitszeit im Interesse der Volkswirtschaft sehr nachteilig. Besonders bedauernd wird die Forderung der Arbeitgeber für eine erhöhte Arbeitszeit in einer Zeit, wo eine neue Stufe in der Textilindustrie einsetzt. Die Versammlung fordert, daß die 46stündige Arbeitswoche getreu festgelegt wird, bei

Freigabe des Samstagnachmittags, in allen Industrien, die überlebend Frauen beschäftigen.“

Sonthofen (im Allgäu). Unsere diesjährige Generalversammlung fand am 12. Februar statt. Es wurde Jahresbericht, dann Kassenericht erstattet. Der Jahresbericht konnte eine Mitgliederzahl von 33 aufweisen. Vor zwei Jahren wurde unter großen Schwierigkeiten unsere Ortsgruppe mit sieben Mitgliedern gegründet. Es geht so langsam vorwärts, denn die Freien wollen die Christlichen nicht aufnehmen lassen und verbreiten das Märchen, daß man nur dem freien Verbands alle Güte zu verdanken hätte, die Christlichen wären nur Mitläufer bei den Lohnbewegungen. Die meisten Arbeiter hören nur die Reden, darum ist ihr Urteil nur ein einseitiges. Es wurde dann gebeten, regelmäßige Versammlungen abzuhalten, weil gerade durch die Versammlungen die Mitglieder aufklärt werden. Nach der Berichterstattung beehrte uns Gewerkschaftssekretär Egger aus Rempten mit einem zeitgemäßen Vortrag. Derselbe besprach das Versicherungswesen, dann die 48stündige Arbeitszeit in der Woche, welche die Arbeitgeber einführen wollen. So lange die Firmen so hohe Dividenden verteilen können, finden wir es nicht für nötig, länger zu arbeiten. Er sprach auch über die Lohnbewegungen des letzten Jahres, dann über die Notwendigkeit der christlichen Gewerkschaften, daß der christlich Denkende und Handelnde in eine christliche Gewerkschaft hineingehört. Ein Mensch, der die freie Zeitung mit etwas denkendem Geiste liest, muß doch den Widerspruch herausfinden. Da heißt es in der freien Zeitung, wir sind politisch und religiös neutral, und bei der nächsten Gelegenheit kommt gleich wieder ein feiner oder gröberer Spott über die Religion. Die Grundlosigkeit ist eines der Hauptübel unserer Zeit. Man sollte sich mehr an die christlichen Grundsätze halten. Kollege Egger munterte uns auf, in der Verarbeitung nicht zu ermüden; schon viele hätten in der verschiedenen Ortsgruppen den Weg zu uns gefunden. Nach dem Vortrag war Diskussion, welche auch benutzt wurde. Dann wurde die Versammlung geschlossen.

Schirgiswalde. Die diesjährige Hauptversammlung unserer Ortsgruppe fand am 5. Februar statt. Der Besuch ließ zu wünschen übrig. Neugewählt wurde als erster Vorsitzender der Kollege Deano Hensel. Der Jahresbericht gab ein erfreuliches Bild von der Entwicklung unserer Ortsgruppe. Die Mitgliederzahl stieg im letzten Jahr um ungefähr 50%. Nachdem über die 46stündige Arbeitswoche, sowie über andere Wirtschaftsfragen beraten wurde, nahm die Versammlung folgende Entschlußung an:

„Die heute im Hotel Erbgericht, Schirgiswalde, tagende Hauptversammlung des christlichen Textilarbeiterverbandes, Ortsgruppe Schirgiswalde, beauftragt die Verbandsinstanzen, mit allen geeigneten Mitteln für die Erhaltung der 46stündigen Arbeitswoche in der Textilindustrie, besonders für den freien Samstagnachmittag, einzutreten.“

Weiter fordert die Versammlung einen wirksamen Arbeitsschutz bzw. Gesundheitschutz in den Betrieben. Schnellere Anbahnung einer sozialen Gemeinwirtschaft. Bessere Unterweisung der Erwerbslosen, insbesondere der Kurzarbeiter. Zur Sicherstellung der Ernährung unserer Bevölkerung sind insbesondere Maßnahmen zu treffen, welche die Preisbildung für wichtige Lebensmittel in angemessenen Grenzen halten.“

Tiengen. Eine schlichte Gewerkschaftsfest hatte unsere Ortsgruppe am 30. Januar veranstaltet. Derselbe hatte einen recht guten Besuch aufzuweisen. Mitglieder der Ortsgruppe hatten einige Themenstücke einstudiert, die nun zum Behen gegeben und mit Beifall wurden. Dann hielt Kollege Kiefer einen gutdurchdachten Vortrag über Deutschland und die deutsche Arbeiterbewegung. Reicher Beifall lohnte die trefflichen Ausführungen des Redners. Dann überreichte die Vorsitzende unserer Ortsgruppe, Kollegin Flu in dem Referenten ein praktisches Geschenk und widmete ihm warme Dankesworte für seine langjährige aufopfernde Tätigkeit in der Arbeiterbewegung. Ein junger Mann trug ein für diesen Zweck besonders verfaßtes Gedicht vor. Kollege Kiefer dankte in tiefgefühlten herlichen Worten für die Ehrung und versprach, auch fernerhin der Sache der christlichen Arbeiterbewegung seine ganze Sympathie zu bewahren.

Versammlungskalender.

Tottbus. 19. März, 6 1/2 Uhr, im Lokale Königs-Hier-Haus. Böhmisch (Tahr.). 19. März, 7 1/2 Uhr, in der Turnhalle, Stiftungsfest.

Dem alternden Riesen!

Wir wissen, daß Du größer bist und bald aufgestanden, Wir gönnen Dir die kurze Frist, Sie macht uns nicht zudanden. Dieweil das Alter, lieber Freund, Das wir sonst gerne ehren, gar oftmals nur ein Vorzug scheint, komm, lasse Dich belehren. So Deine Stärke, ja gewiß, sie ist nicht zu verachten, doch hat sie gar so manchen Miß, den zu verkleinern Du mußt trachten. Weichenheit ist eine Bier, nimm mit den Rat nicht abel, auch Solität war stark für vier und doch bekam er Bräuel. K. S.

Inhaltsverzeichnis.

Artikel: Zur bevorstehenden Neuwahl der Betriebsräte. — Betriebsratsmitglieder im Aufsichtsrat. — Die Revolutionierung der sozialdemokratischen Gewerkschaften. — Fruttkleton: Arbeitserinnerungen eines Webers. — Maximeine Aunackman: Internationaler Bund der Christlichen Gewerkschaften. — Ein Protest der christlichen Gewerkschaften Italiens. — Ein amerikanischer Verlust. — Für unsere Arbeiter und Betriebsräte: Gehe über die Betriebsbilanz und die Betriebsgemein- und -verinsicherung. — Aus unserer Industrie: Zur Erzeugnisseinschränkung in der englischen Baumwollindustrie. — Aus unserer Bewegung: Theorie und Praxis. — Berichte aus den Ortsgruppen: Appelhäfen i. W. — Aus Bayern: Webdurg. — Dahlhausen. — Fulda. — Greiz (Sogt.). — Glauchau (S.). — Herbolzheim. — Liebau (Kreis Landeshut). — Obernaukirch (Sachsen). — Sonthofen (im Allgäu). — Schirgiswalde. — Tiengen. — Versammlungskalender. — Gedicht: Dem alternden Riesen!

Für die Schriftleitung verantwortlich Gerhard Müller, Dasselhof 100, Lannestr. 23.